

Parlamentsdienste

Services du Parlement

Servizi del Parlamento

Servetschs dal parlament



Sekretariat der Kommissionen
für Umwelt, Raumplanung und
Energie
CH-3003 Bern
Tel. 031 322 97 68 / 97 34
Fax 031 322 98 72
www.parlament.ch
urek.ceate@pd.admin.ch

Die Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Ständerates

48. Legislaturperiode (2007–2011)

1 Auftrag

Gemäss Artikel 44 Absatz 1 des Parlamentsgesetzes haben die Legislativkommissionen folgenden Auftrag:

- a. Sie beraten die ihnen zugewiesenen Geschäfte zuhanden ihres Rates vor.
- b. Sie beraten und entscheiden über die ihnen vom Gesetz zur abschliessenden Beratung zugewiesenen Geschäfte.
- c. Sie verfolgen die gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen in ihren Zuständigkeitsbereichen.
- d. Sie arbeiten Vorschläge in ihren Zuständigkeitsbereichen aus.
- e. Sie sorgen für die Wirksamkeitsüberprüfung in ihren Zuständigkeitsbereichen. Sie unterbreiten den zuständigen Organen der Bundesversammlung entsprechende Anträge oder erteilen dem Bundesrat entsprechende Aufträge.
- f. Sie berücksichtigen die Resultate von Wirksamkeitsüberprüfungen.

Durch Bürobeschluss vom 8.11.1991 und späteren Änderungen wurden der UREK folgende Sachbereiche zugewiesen:

- Umweltschutz
- Natur- und Heimatschutz, Denkmalpflege
- Gewässerschutz
- Landes-, Regional- und Ortsplanung
- Wasserwirtschaft
- Energie und Energieversorgung
- Forstwesen, Jagd, Fischerei

2 Behandelte Geschäfte der 48. Legislaturperiode (2007–2011)

21 Statistischer Überblick

Die UREK-S hat insgesamt 240 Geschäfte vorberaten. Diese Geschäfte teilen sich in folgende Kategorien auf:

	Geschäftstyp	Anzahl	Verhältniszahlen
a.	Volksinitiativen	8	
b.	Erlassentwürfe des Bundesrates	21	
c.	Berichte des Bundesrates	9	
d.	Mitberichte	6	
e.	Konsultationen zu Verordnungsentwürfen des Bundesrates	4	
f.	Vorprüfungen von parlamentarischen Initiativen	4	<i>Folge gegeben 4</i>
g.	Stellungnahmen zu positiven Vorprüfungen der Schwesterkommission	9	<i>Zustimmung 6 Ablehnung 3</i>
h.	Vorprüfungen von Standesinitiativen	14	<i>keine Folge gegeben 10 Folge gegeben 2</i>

i.	Ausarbeitung einer Vorlage (pa. Iv. / Kt. Iv. 2. Phase, Komm. Iv.)	8	
j.	Vorlagen des anderen Rates (von einer Kommission des anderen Rates ausgearbeitete pa. Iv.)	4	<i>angenommen 3 abgelehnt 1</i>
k.	Kommissionsvorstösse	5	<i>Motionen 3 Postulate 2</i>
l.	Motionen des anderen Rates (plus abgeänderte Motionen des eigenen Rates und vom SR zur Vorprüfung überwiesene Motionen)	108	<i>Angenommen 49 (unverändert 28, abgeändert 21) Abgelehnt 45</i>
m.	Petitionen	10	
n.	Interne Geschäfte	28	
o.	Spezialfälle	2	
	Total	240	

22 Erlassentwürfe des Bundesrates

Die wichtigsten Vorlagen des Bundesrates:

- [06.059 s Prüfung und Kontrolle der technischen Sicherheit. Bundesgesetz](#)
- [07.033 n Rettet den Schweizer Wald. Volksinitiative. Änderung des Waldgesetzes](#)
- [07.045 s Haftung auf dem Gebiet der Kernenergie. Übereinkommen](#)
- [07.052 n Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland. Bundesgesetz. Aufhebung](#)
- [07.060 s Lebendiges Wasser. Volksinitiative](#)
- [08.037 ns Unwetterschäden 2005 im Kanton Obwalden. Leistungen des Bundes](#)
- [08.046 ns Kompensation der CO₂-Emissionen von Gaskombikraftwerken. Verlängerung des Bundesbeschlusses](#)
- [08.072 s CO₂-Gesetz. Abgabebefreiung von fossil-thermischen Kraftwerken](#)



- [08.073 n Schluss mit uferlosem Bau von Zweitwohnungen. Volksinitiative](#)
- [08.074 n Gegen masslosen Bau umwelt- und landschaftsbelastender Anlagen. Volksinitiative](#)
- [09.043 n Dritte Rhonekorrektur](#)
- [09.067 n Für ein gesundes Klima. Volksinitiative. CO₂-Gesetz. Revision](#)
- [09.061 s Energiegesetz. Änderung](#)
- [10.017 n Für menschenfreundlichere Fahrzeuge. Volksinitiative. CO₂-Gesetz. Revision](#)
- [10.018 s Raum für Mensch und Natur \(Landschaftsinitiative\). Volksinitiative](#)
- [11.024 s Energiegesetz. Änderung](#)

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista (Link oben) oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

Die UREK-S behandelte in der 48. Legislaturperiode eine Reihe unterschiedlicher und oft ziemlich komplexer Entwürfe des Bundesrates. Erwähnenswert ist insbesondere die Totalrevision des CO₂-Gesetzes, mit welcher die Klimapolitik der Schweiz für die Jahre 2013–2020 festgelegt wird. Dieser Entwurf ist als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für ein gesundes Klima» (09.067) vorgesehen. Gemäss der Vorlage des Parlaments sollen die CO₂-Emissionen bis 2020 im Inland um 20 Prozent reduziert werden. Zur Erreichung dieses Ziels legt der Entwurf ein umfassendes Massnahmenpaket fest. Ebenfalls erwähnenswert ist die Teilrevision des Raumplanungsgesetzes, welche auch ein indirekter Gegenentwurf zu einer Volksinitiative, der Landschaftsinitiative (10.018), ist. Mit dieser umfassenden Revision (10.019) sollen die drängendsten Probleme der schweizerischen Raumplanung, nämlich die Zersiedelung und der Kulturraumverlust, angegangen werden.

Ausserdem befasste sich die Kommission mit mehreren punktuellen Revisionen des Energiegesetzes. Eine dieser Revisionen ist ein indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für menschenfreundlichere Fahrzeuge» (10.017) und sieht vor, die durchschnittlichen CO₂-Emissionen von neu immatrikulierten Personenwagen bis 2015 auf 130 g/km zu senken.

In der ersten Legislaturhälfte befasste sich die Kommission u. a. mit der Vorlage zur Kernenergiehaftpflicht (07.045) und der Revision des Raumplanungsgesetzes zur Lösung der Zweitwohnungsproblematik (07.062). Bei der Haftpflicht auf dem Gebiet der Kernenergie sah der Bundesrat in Übereinstimmung mit internationalen Verträgen



eine Erhöhung der Versicherungsdeckung auf 1,8 Milliarden Franken vor. Die RPG-Revision wiederum zielte darauf ab, den Bestand von Zweitwohnungen in stark betroffenen Gebieten zu regulieren. Dazu sollten flankierende Massnahmen ergriffen werden, um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Erst- und Zweitwohnungen sicherzustellen.

In den weiteren von der Kommission behandelten Erlassentwürfen waren vor allem Umweltsachen (Klimaschutz, Ressourcenknappheit) ein zentrales Thema.

Die Volksinitiative 07.033 "Rettet den Schweizer Wald" wurde zurückgezogen, nachdem National- und Ständerat Nichteintreten beschlossen hatten. In ihrer parlamentarischen Initiative 09.474 nimmt die Kommission aber einige Punkte aus der Initiative auf.

23 Ausarbeitung einer Vorlage

Vorlagen, welche die UREK-S ausgearbeitet hat:

- [07.492 s Pa. Iv. UREK-S. Schutz und Nutzung der Gewässer](#)
- [08.445 s Pa. Iv. UREK-S. Angemessene Wasserzinsen](#)
- [08.446 s Pa. Iv. UREK-S. Erneuerung des Fonds Landschaft Schweiz](#)
- [09.477 s Pa. Iv. UREK-S. Flexibilisierung der Waldflächenpolitik](#)

Eine inhaltliche Zusammenfassung der Botschaft bzw. des Berichts und der Beratungen finden Sie in Curia Vista (Link oben) oder, thematisch nach Sachgebieten geordnet, im [Rückblick der Dokumentationsdienste](#).

Die parlamentarische Initiative 07.492 entwarf die UREK-S als indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Lebendiges Wasser" (07.060), welche laut Kommission die Interessen der Wassernutzung zu wenig gewichtete. Sie suchte unter Berücksichtigung von berechtigten Schutz- und Nutzungsinteressen ausgewogene Lösungen für die Probleme im Bereich des Gewässerschutzes.

Die parlamentarische Initiative 08.445 "Angemessene Wasserzinsen" verlangt, unter Berücksichtigung des energie- und umweltpolitischen Umfeldes das Bundesgesetz über die Nutzbarmachung der Wasserkräfte so zu ändern, dass die Obergrenze für die Wasserzinsen (das so genannte Wasserzinsmaximum) angemessen erhöht wird. Die letzte Anpassung liegt über zehn Jahre zurück.

Mit der parlamentarischen Initiative 08.446 "Erneuerung des Fonds Landschaft Schweiz" soll der Fonds Landschaft Schweiz zum zweiten Mal um 10 Jahre verlängert werden und einen weiteren Bundesbeitrag von 50 Millionen Franken erhalten.



Schliesslich arbeitete die Kommission eine Änderung des Waldgesetzes aus mit dem Ziel, die Pflicht zum Rodungersatz zu flexibilisieren, um der raschen Zunahme der Waldfläche besser Rechnung zu tragen (09.474).

24 Erlassentwürfe des andern Rates

Die UREK-S prüfte den Erlassentwurf der Schwesterkommission zur Pa. Iv. Bächler 07.429 n ("Sanierung von belasteten Kugelfängen. Fristverlängerung bis 2012"). Sie stimmte ihm ohne Änderung zu. Auch den Entwurf zur Pa. Iv. Hegetschweiler 02.473 n ("CO₂-Gesetz. Anreize für energetisch wirksame Massnahmen im Gebäudebereich") prüfte die Kommission und stimmte ihm mit wenigen Änderungen zu. Schliesslich nahm sie den Entwurf 08.314 n («Bauen ausserhalb der Bauzone») ohne Änderungen an.

25 Vorprüfungen

Die UREK-S prüfte 14 Kantonsinitiativen und vier parlamentarische Initiativen aus dem Ständerat vor. Die Standesinitiativen bezogen sich auf Änderungen im Bereich des Umwelt- und Naturschutzes, auf die Raumplanung, die Förderung der erneuerbaren Energien und den Strompreis. Abgesehen von einer Standesinitiative des Kantons St. Gallen zum Bauen ausserhalb der Bauzone (08.314) und einer Standesinitiative des Kantons Bern zum Thema Gewässerschutz (10.324) beantragte die Kommission, den Initiativen keine Folge zu geben. Die parlamentarischen Initiativen (08.445, 08.446, 09.477 und 11.469) wurden von der Kommission allesamt angenommen.

26 Vorstösse

In der 48. Legislatur überwies die UREK-S drei Motionen und zwei Postulate. Ende 2008 wirkte sie mit zwei Vorstössen erfolgreich der angekündigten Strompreiserhöhung entgegen (Mo. 08.3749 und Po. 08.3756).

Die UREK-S behandelte zudem 108 Motionen, die im Nationalrat angenommen worden waren oder die der Ständerat der Kommission zur Vorprüfung überwiesen hatte. Von diesen namentlich im Rahmen der umfassenden Atomdebatte behandelten Motionen stimmte sie 28 ohne Änderung zu, lehnte 45 ab und änderte 21 vor der Annahme ab. Gegenstand dieser Motionen waren der Ausstieg aus der Kernenergie, die Versorgungssicherheit im Energiebereich, Energieeffizienz, das Energiesparen, die Wärmekraftkoppelung, erneuerbare Energien, das Verbandsbeschwerderecht, die Energieaussenpolitik und die Stromnetze.



27 Konsultationen zu Verordnungsentwürfen, Information und Koordination

Ausserhalb der von den Ratsbüros zugewiesenen Geschäfte behandelte die UREK-S im Sinne von Art. 44 Abs. 1 Bst. c und d (siehe oben) verschiedene aktuelle Probleme aus ihrem Zuständigkeitsbereich. Sie liess sich über die Möglichkeiten der Ausgestaltung der Motorfahrzeugsteuer nach ökologischen Kriterien informieren. Bei der Ausarbeitung der Verordnung zum Stromversorgungsgesetz im Jahr 2009 intervenierte sie erfolgreich und verhinderte dadurch eine massive Strompreiserhöhung beim Inkrafttreten des neuen Gesetzes. Im Bereich der Energiepolitik liess sich die Kommission ausführlich von den grossen Stromversorgern und wichtigen Wirtschafts- und Umweltverbänden über die Energieszenarios der Zukunft ins Bild setzen. Zudem diskutierte die Kommission wiederholt über die energie- und klimapolitischen Auswirkungen des schrittweisen Ausstiegs aus der Kernenergie. Auch informierte sich die UREK-S über das Verhandlungsmandat im Bereich Elektrizität, das von der Schweiz und der EU verabschiedet worden war. Schliesslich verfasste sie sechs Mitberichte und äusserte sich damit zu Geschäften, die in anderen Kommissionen beraten wurden.

3 Zusammensetzung der Kommission, Subkommissionen

31 Präsidium

- Präsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Filippo Lombardi (CEg/TI)
- Präsident Wintersession 2009 – Wintersession 2011: Rolf Schweiger (RL/ZG)

- Vizepräsident Wintersession 2007 - Wintersession 2009: Rolf Schweiger (RL/ZG)
- Vizepräsidentin Wintersession 2009 – Herbstsession 2010: Simonetta Sommaruga (S/BE)
- Vizepräsident Herbstsession 2010 – Wintersession 2011: Didier Berberat (S/NE)

32 Mitglieder der Kommission



- Zusammensetzung der Kommission ab Wintersession 2007: *Lombardi, Schweiger, Bischofberger, Brändli, Büttiker, Cramer, Diener, Forster, Imoberdorf, Inderkum, Janiak, Jenny, Sommaruga Simonetta*
- Rücktritte und neue Mitglieder seit der Wintersession 2007:
 Janiak (S/BL) Oktober 2009;
 Berberat ersetzt Janiak seit der Frühjahrsession 2010
 Berset ersetzt Simonetta Sommaruga seit der Herbstsession 2010
 Amstutz ersetzt Berset seit der Sommersession 2011

33 Subkommission

Die Kommission hat folgende Subkommission gebildet:

- Subkommission „Energiepolitik“; Mitglieder: *Forster, Jenny, Lombardi, Schweiger, Sommaruga Simonetta*

4 Zeitaufwand der Kommission

41 Kommission

Die insgesamt 45 Sitzungen haben 62 Sitzungstage beansprucht. Diese Sitzungen dauerten insgesamt 313 Stunden. Während den Sessionen fanden insgesamt 11 Sitzungen statt, die insgesamt 9 Stunden dauerten.

42 Subkommission

Die Subkommission tagte an einer einzigen Sitzung während 5,5 Stunden.

5 Ausblick

Die Umsetzung des Beschlusses von Parlament und Bundesrat, schrittweise aus der Kernenergie auszusteigen, wird aller Voraussicht nach eines der zentralen Themen der nächsten Legislatur sein. In diesem Zusammenhang wird die Kommission u. a. über den Ersatz der Stromproduktionskapazitäten, die erneuerbaren Energien, Energieeffizienz sowie die dezentrale Stromproduktion und ihre Folgen für die Stromnetze diskutieren. Ein weiterer Schwerpunkt der Kommissionsarbeiten werden die raumplanerischen Probleme in Zonen ausserhalb der Bauzone darstellen, über welche die Kommission im Rahmen einer umfassenden Revision zu befinden haben wird.

